

PERIPHERIE 154/155

Vertreibung durch Entwicklungsprojekte

Zu diesem Heft	139
Aram Ziai	Vertreibung durch Entwicklungsprojekte und ihre Legitimierung. Beispiele von Weltbankprojekten aus Subsahara-Afrika.....	144
Dustin Schäfer	Entwicklungspolitisch verursachter Vertreibung begegnen. Möglichkeiten und Grenzen institutioneller Rechenschaftspflicht am Beispiel des Inspection Panels der Weltbank.....	166
Anne Tittor	Die Eigendynamik von Megaprojekten. Zum Kanalbauprojekt in Nicaragua.....	188
Valerie Hänsch	Der Entwicklung trotzen. Ein Megastaudammprojekt im Nordsudan und der lokale Widerstand gegen Vertreibungen.....	216
Cora Rebecca Puk	Im Strom der Entwicklung. Was Eduardo Gudynas' Konzept des Postextraktivismus von den Betroffenen eines Stauseeprojekts in Chile lernen kann.....	244
Daniel Bendix	Ein ewiges Hin und Her. Widerstand gegen Vertreibung durch „Entwicklung“ im Bewässerungsprojekt Office du Niger, Mali.....	264
Peripherie-Stichwort		
Corinna Land	Akkumulation durch Enteignung.....	292

Rezensionsartikel

Juliana Ströbele-Gregor Neo-Extraktivismus in Bolivien.....	296
---	-----

Rezensionen

Vivek Chibber: <i>Postkoloniale Theorie und das Gespenst des Kapitals</i> (Gerhard Hauck).....	306
Christian Kravagna: <i>Transmoderne – Eine Kunstgeschichte des Kontakts</i> (Tarkan Tek).....	311
Neera Singh, Seema Kulkarni & Neema Pathak Broome (Hg.): <i>Ecologies of Hope and Transformation. Post-Development Alternatives from India</i> (Aram Ziai).....	311
Daniel Bendix: <i>Global Development and Colonial Power. German Development Policy at Home and Abroad</i> (Julia Schöneberg).....	313
Rohini Hensman: <i>Indefensible. Democracy, Counter-Revolution, and the Rhetoric of Anti-Imperialism</i> (Reinhart Kößler).....	315
Georg Auernheimer: <i>Globalisierung</i> (Werner Ruf).....	318
Jon Abbink, Victor Adetula, Andeas Mehler & Henning Melber (Hg.): <i>Africa Yearbook Volume 14. Politics, Economy And Society South of the Sahara in 2017</i> (Rita Schäfer).....	320
Fanny Pigeaud & Ndongo Samba Sylla: <i>L'arme invisible de la Françafrique. Une histoire du franc CFA</i> (Arndt Hopfmann).....	322
Eva Gerharz, Nasir Uddin & Pradeep Chakkarath (Hg.): <i>Indigeneity on the Move. Varying Manifestations of a Contested Concept</i> (Sowmya Maheswaran).....	325
Sarah Wood & Catriona MacLeod (Hg.): <i>Locating Guyane</i> (Fabio Santos).....	327
Volker Koop: <i>Hitlers Griff nach Afrika. Kolonialpolitik im Dritten Reich</i> (Reinhart Kößler).....	329
Eingegangene Bücher	330
Summaries.....	332
Zu den Autorinnen und Autoren	335

Aram Ziai

Vertreibung durch Entwicklungsprojekte und ihre Legitimierung Beispiele von Weltbankprojekten aus Subsahara-Afrika*

„Seien wir ehrlich: es gibt keine Entwicklung, ohne dass dabei irgendjemand verletzt wird.“ (David Hopper, Vizepräsident der Weltbank in einem BBC-Interview 1987 [zit. n. Rich 1998: 149])

Keywords: displacement, resettlement, development projects, development discourse

Schlagwörter: Vertreibung, Umsiedlung, Entwicklungsprojekte, Entwicklungsdiskurs

Was der Vizepräsident der Weltbank vor drei Jahrzehnten so klar formulierte, hat nichts von seiner Aktualität verloren: Das *International Consortium of Investigative Journalists* (ICIJ) hat in einer breit angelegten Studie recherchiert, dass auch im 21. Jahrhundert Millionen von Menschen durch Entwicklungsprojekte vertrieben worden sind und ihre Existenzgrundlage verloren haben (ICIJ 2015). Das mag auf den ersten Blick überraschen, geht man doch in der Regel davon aus, dass „Entwicklung“ mit einer Verbesserung der Lebensverhältnisse verbunden ist. Warum wird es hingenommen, dass diesem Ziel verpflichtete Projekte offenbar negative Auswirkungen auf die Betroffenen haben? Der vorliegende Beitrag möchte dieser Frage (und einleitend dem Phänomen der Legitimierung von Vertreibung durch Entwicklungsprojekte generell) auf den Grund gehen. Dazu wird er zunächst einen kurzen Überblick über das Phänomen und den Forschungsstand geben und sich anschließend mit der Frage der Legitimierung von Vertreibung im Entwicklungsdiskurs auseinandersetzen. Im letzten Teil illustriert er diese Legitimierung anhand einiger Fallstudien von Weltbankprojekten in Subsahara-Afrika.

Beginnen möchte ich mit einer kurzen begrifflichen Klärung. Im Englischen ist im Hinblick auf das untersuchte Phänomen von „development-induced

* Mein Dank gilt den Gutachter_innen und der Redaktion für wertvolle Anregungen zur Überarbeitung des Beitrags.

displacement“ die Rede, also von einer „durch Entwicklung hervorgerufenen Verdrängung“, teilweise auch von „resettlement“ (Umsiedlung) oder „eviction“ (Vertreibung). Es geht in der Regel um Infrastrukturprojekte, die Menschen dazu zwingen, ihren Wohnort und ihr Lebensumfeld zu verlassen, was oft mit dem Verlust ihrer Existenzgrundlage einhergeht. Angemessene Entschädigungen im Hinblick auf Land und Erwerbsmöglichkeiten werden dabei de facto nur in Ausnahmefällen zur Verfügung gestellt. Zwar gibt es durchaus Formen der Umsiedlung, die auf einer informierten, freiwilligen Entscheidung der Betroffenen beruhen („free prior informed consent“) und die nicht mit einer Verschlechterung der Lebensbedingungen einher gehen, sie sind jedoch nicht die Regel. Im Hinblick auf das durch diese anderen Formen der Umsiedlung vielfach erzeugte menschliche Leid – „Warum hat man uns nicht einfach vergiftet?“, fragt Ram Bai, deren Dorf nach dem Bau des Bargi-Staudamms an der Narmada überflutet wurde (zit. n. Roy 2002: 31) – erscheint der Begriff der Vertreibung angemessener.

Das Problem der Vertreibung als Konsequenz von Infrastrukturprojekten im Namen der „Entwicklung“ hat seit den 1980er Jahren stetig an Beachtung gewonnen. Eine wichtige Rolle haben dabei einige Projekte gespielt, die aufgrund dieser Folgen in der entwicklungspolitischen Öffentlichkeit einen großen Bekanntheitsgrad erreicht haben.

Eines war dabei das Polonoroeste-Projekt in Brasilien, genauer: das von der Weltbank 1981-1985 finanzierte *Northwest Region Integrated Development Program*, mit dem v.a. die Bundesstraße BR-364 ausgebaut und die Erschließung des Amazonasgebiets durch Siedler_innen finanziert wurde. Angelockt durch eine Werbekampagne der Militärregierung strömten Hunderttausende von Siedler_innen in das Amazonasgebiet im Staat Rondônia, was zu einer massiven Entwaldung und Umweltzerstörung, einer verheerenden Malaria-Epidemie und gewalttätigen Landkonflikten mit den dort lebenden indigenen Gemeinschaften führte. Die übergroße Mehrheit der etwa 10.000 dort ansässigen Indigenen wurde durch das Projekt vertrieben oder fiel Krankheiten und Gewalt zum Opfer.¹

Das bedeutendste war das von 1985-1993 ebenfalls von der Weltbank finanzierte *Narmada Valley Development Project* in den indischen Bundesstaaten Gujarat, Madhya Pradesh und Maharashtra, und hier v.a. der zur Stromerzeugung und Bewässerung genutzte Sardar-Sarovar-Staudamm. Das Staudammprojekt machte geschätzt eine Viertelmillionen Menschen zu Obdachlosen; insgesamt ist von knapp 400.000 Personen auszugehen, die aufgrund des Projekts ihr Zuhause verloren haben. Eine internationale

¹ Vgl. Wade 2011a; Rich 1998: 36-38; Caufield 1996: 173-177; Goldman 2005: 95f; Weaver 2008: 22.

Dustin Schäfer

Entwicklungspolitisch verursachter Vertreibung begegnet Möglichkeiten und Grenzen institutioneller Rechenschaftspflicht am Beispiel des Inspection Panels der Weltbank*

Keywords: accountability mechanisms, inspection panel, World Bank, development induced displacement, civil society organizations, advocacy
Schlagwörter: Institutionelle Rechenschaftsmechanismen, Inspection Panel, Weltbank, entwicklungspolitisch verursachte Vertreibung, Nicht-Regierungsorganisationen, Interessenvertretung.

Entwicklungspolitisch verursachte Vertreibung

Mindestens 90 % der Bevölkerung Deutschlands erachten die Entwicklungszusammenarbeit (EZ) als wichtig, wohingegen ihr lediglich 10 % der Befragten eine hohe Wirksamkeit zuschreiben (vgl. DEval 2018: 13). Inwiefern diese Zweifel berechtigt sind oder nicht, möchte ich am Beispiel entwicklungspolitisch verursachter Vertreibung herausarbeiten.

Die physische oder ökonomische Vertreibung von Menschen gilt als eine der gravierendsten Auswirkungen von *Entwicklungsprojekten*. Während die Weltbank (WB) 1994 annahm, dass etwa 10 Mio. Menschen jährlich durch *Entwicklungsprojekte* umgesiedelt werden müssen, gehen derzeitige Schätzungen von bereits 20 Millionen Menschen jährlich aus (vgl. Cernea & Maldonado 2018: 4). Eine Metaanalyse des WB-Projektportfolios zeigt zudem, dass mehr als ein Drittel (37,2 %) der 1.920 überprüften Projekte die Anwendung der WB-Umsiedlungsrichtlinie erforderten (Geschäftsjahre 2014 bis 2018). Im Geschäftsjahr 2018 waren in nur 175 (26,9 %) der Projekte Angaben zu der Anzahl betroffener Menschen

* Mein Dank gilt den Gutachter*innen und der Redaktion für wertvolle Anregungen zur Überarbeitung des Beitrags.

vorhanden (vgl. urgeward 2018). Die Annahme liegt nahe, dass entwicklungspolitisch verursachte Vertreibung ein sich zuspitzendes Problem darstellt. Daran anknüpfend stellen sich die Fragen, inwiefern *Entwicklungsbanken* dem Prinzip *do no harm* gerecht werden und welche Möglichkeiten für betroffene Menschen bestehen, Rechenschaft von Seiten der *Entwicklungsbanken* einzufordern? Letztere Frage erscheint auch deshalb relevant, weil die finanzierenden multilateralen *Entwicklungsbanken* Immunität¹ genießen und somit rechtlich nicht belangt werden können.²

Besonders einflussreich waren Widerstandsaktionen gegenüber entwicklungspolitisch verursachter Vertreibung im Falle des Sardar-Sarova-Staudamms (Sarovar-Staudamm) im indischen Bundesstaat Gujarat. In Reaktion darauf sah sich die WB 1993 gezwungen, den ersten institutionellen Rechenschaftsmechanismus (Beschwerdemechanismus) einzurichten. Seit 1994 ermöglicht das *Inspection Panel* (IP) betroffenen Menschen eine Beschwerde einzureichen, um dadurch die Einhaltung der Umwelt- und Sozialrichtlinien einzufordern. Die resultierenden Untersuchungsberichte verdeutlichen, dass die lokalen Projektauswirkungen häufig konträr zu den ursprünglich proklamierten Projektzielen stehen. Die Beschwerdeprozesse veranlassen *Entwicklungsbanken* dazu, Nachbesserungsmaßnahmen einzuleiten oder sich in Einzelfällen aus Projektfinanzierungen zurückzuziehen. Daran anknüpfend werde ich folgender Fragestellung nachgehen: *Welchen Beitrag leistet das Inspection Panel der Weltbank zur Verringerung entwicklungspolitisch verursachter Vertreibung?*

Zu Beginn skizziere ich die Einführung der ersten Umsiedlungsrichtlinie und gehe auf die Entstehungsgeschichte des IP ein. Anschließend beschreibe ich die gegenwärtigen Strukturen und Prozesse des IP. Auf einer Dokumentenanalyse basierend, stelle ich im nächsten Schritt quantitative Trends dar, die Zusammenhänge zwischen Vertreibung und weltbankfinanzierten Projekten näher erläutern. Die Möglichkeiten und Grenzen des IP, entwicklungspolitisch verursachter Vertreibung entgegenzuwirken, werde ich zudem anhand des 98. Beschwerdefalls des IP, dem *Uganda Transport Sector Development Project* (TSDP) untersuchen. Neben veröffentlichten Dokumenten der WB und des IP greife ich auf neun Expert*innen-Interviews

1 Vgl. *International Organizations Immunities Act*, 79. US-Kongress, 1. Sitzung, Kapitel 652, 29.12.1945.

2 Im Februar 2019 hat der *US Supreme Court* durch sein Urteil im Jam-vs.-IFC-Fall zum ersten Mal die Immunität internationaler Organisationen in Zweifel gezogen, indem er entschied, dass auch sie, z.B. die *International Finance Corporation* (IFC), vor US-amerikanischen Gerichten verklagt werden können. Siehe: <https://earthrights.org/blog/in-wake-of-earthrights-supreme-court-victory-world-bank-group-expresses-new-commitment-to-accountability/>, letzter Aufruf: 26.6.2019.

Anne Tittor

Die Eigendynamik von Megaprojekten Zum Kanalbauprojekt in Nicaragua*

Keywords: socio-ecological conflicts, infrastructural projects, extractivism, Nicaragua, environmental justice

Schlagwörter: Sozial-ökologische Konflikte, Infrastrukturprojekte, Extraktivismus, Nicaragua, Umweltgerechtigkeit

Infrastrukturelle Großprojekte haben das 20. Jahrhundert entscheidend geprägt. Sie haben Versprechen von segensreichen Errungenschaften gemacht und ans Sagenhafte grenzende Möglichkeiten der Technik ange-regt. Sie haben aber auch ihre destruktive Kraft gezeigt, die Fehlplanungen einerseits und Militär- und Ziviltechnik andererseits innewohnten. Die Pla-nung von Großprojekten hat eine Reihe von Investitionsruinen hinterlassen, viele davon sind „entweder grandios gescheitert oder – was weitaus häufiger vorkam – kläglich im Sande verlaufen. In den meisten Fällen haben sie nicht das gehalten, was sie einmal versprochen haben“ (van Laak 1999: 9).

Die Planung von infrastrukturellen Großprojekten spielt auch im 21. Jahr-hundert weiterhin eine wichtige Rolle. Zu seinem Beginn sind eine Reihe von transnationalen Infrastrukturprojekten aufgelegt worden. IIRSA¹ sowie *Proyecto Mesoamerica*² auf dem lateinamerikanischen Subkontinent und das transkontinentale *One-Belt-One-Road-Projekt*³, legen nahe, dass es

* Mein Dank gilt den Gutachter*innen und der Redaktion für wertvolle Anregungen zur Überarbeitung des Beitrags.

1 IIRSA steht für *Iniciativa de Integración Regional de Sudamérica* (Initiative der Regionalen Integration für Südamerika) und wurde 2001 ins Leben gerufen.

2 Das *Proyecto Mesoamerica* wurde 2001 als *Plan Puebla Panama* gegründet und 2008 aufgrund massiver zivilgesellschaftlicher Kritik umbenannt. Doch der Kern des Projekts ist fast unverändert: knapp 75 % des Budgets geht in den Transportsektor und knapp 9 % in Energie (Grandia 2013: 240).

3 Das von China angestoßene *One-Belt-One-Road-Projekt* reicht von Peking nach Duisburg bzw. Panama. Es soll 60 Länder sowie 68 % der Menschheit einschließen. Als Initia-tive verspricht es Win-Win-Szenarien und Konnektivität, während die geostrategischen Konflikte und die damit einhergehende Land- und Ressourcenaneignung verschwiegen werden (Sum 2017).

sogar einen neuen Boom an Megaprojekten⁴ gibt. So sind im Rahmen von IIRSA allein 159 Straßen und Brücken, 52 neue Häfen und 29 Flughäfen geplant (Rodríguez 2018: 3f). Was davon realisiert werden wird, ist unklar, doch die Ziele sind bei allen Projekten umfangreiche grenzüberschreitende Infrastrukturinvestitionen, die regionale Vernetzung, Ressourcenextraktion und Freihandel fördern sollen.

Im Folgenden wird die Eigendynamik von Megaprojekten am empirischen Beispiel des interozeanischen Kanalbaus in Nicaragua analysiert und dessen sozialen und politischen Folgen beleuchtet. Die nicaraguanische Regierung unter der Führung von Präsident Daniel Ortega treibt die Planungen für den Bau dieser 278 km langen Wasserstraße vom Atlantik zum Pazifik seit 2013 voran und zentralisiert alle diesbezüglichen Entscheidungen. Sie stellt diejenigen, die Protest gegen den Kanalbau artikulieren als reaktionär dar und überführt das Territorium in eine „Zone der Unsicherheit“. Bäuerinnen und Bauern bewirtschaften deshalb teilweise das Land nicht mehr, Umsiedlungen werden quasi antizipiert und für viele Bewohner*innen wird die Nicht-Formalisierung ihrer Landtitel zum Problem, weil sie – im Fall der Fälle – entschädigungslos enteignet werden können. Kollektive Landrechte für indigene und afronicaraguanische Gruppen werden unterlaufen bzw. nicht weiter gewährt.

Die Analyse basiert auf Material, das während zwei Feldforschungsaufenthalten von September 2014 bis Januar 2015 und von Mai bis Juni 2016 für ein Forschungsprojekt zu sozial-ökologischen Konflikten im Südosten Nicaraguas im Rahmen des vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderten Projektes „Die Amerikas als Verflechtungsraum“ an der Universität Bielefeld generiert wurden. Dafür wurden 27 Expert_innen-Interviews, teilnehmende Beobachtungen bei Diskussionsveranstaltungen und Protesten zu dem Kanalprojekt sowie Archivrecherchen realisiert. Darüber hinaus wurden wissenschaftliche Texte und *policy*-Dokumente analysiert.

1. Megaprojekte in Vergangenheit und Gegenwart

Die Akteure, die Megaprojekte initiieren und finanzieren, haben sich im Laufe der Zeit verändert: Im ausgehenden 19. und beginnenden 20. Jahrhundert waren es vor allem die imperialen Großmächte, die Megaprojekte, die an der Grenze des technisch Möglichen lagen wie etwa der Panamakanal, trotz bzw. wegen hoher menschlicher und politischer Kosten realisieren konnten. Um die transkontinentale Eisenbahnverbindung in den USA zu bauen, schenkte der Staat zwischen 1865 und 1871 den Eisenbahngesellschaften

4 Im Folgenden werden die Begriffe Megaprojekte und Großprojekte synonym verwendet.

Cora Rebecca Puk

Im Strom der Entwicklung Was Eduardo Gudynas' Konzept des Postextraktivismus von den Betroffenen eines Stauseeprojekts in Chile lernen kann*

Keywords: Chile, water, postextractivism, social-ecological conflict, expropriation, displacement

Schlagwörter: Chile, Wasser, Postextraktivismus, sozial-ökologischer Konflikt, Enteignung, Vertreibung

Debatten um die Grenzen des (wirtschaftlichen) Wachstums werden seit Jahrzehnten weltweit geführt. Eng verbunden mit Konzepten wie *degrowth*, Postwachstum oder Suffizienz-Strategie, die vor allem im „Globalen Norden“¹ ihren Ursprung haben, wird in Lateinamerika das Konzept des Postextraktivismus in akademisch-universitären Kontexten und Fachkreisen zunehmend präsenter. Der folgende Artikel stellt den Versuch dar, dieses akademische Konzept mit einem konkreten sozial-ökologischen Konfliktfall im Süden Chiles zusammenzudenken. Ich beschreibe einen Kontext, in dem die lokale Andenbevölkerung² enteignet und aus ihrem Lebensraum vertrieben

* Mein Dank gilt den Gutachter*innen und der Redaktion für wertvolle Anregungen zur Überarbeitung des Beitrags.

- 1 Ob fehlender Alternativen werde ich im Folgenden die Termini „Globaler Norden“ und „Globaler Süden“ nutzen. Wenngleich „Globaler Norden/Süden“ in den Postkolonialen Studien aufgrund des dualistischen Charakters kritisiert werden, so wird „dem Norden“ innerhalb dieser Theorien nicht mehr nur Modernität, Fortschritt und Entwicklung zugeordnet, sondern eben auch Ausbeutung, Hegemonie und Gewalt zugeschrieben (vgl. Hussein de Araujo 2015: 92). Ich beziehe mich auf früh industrialisierte Länder als „Globaler Norden“, die ihren Lebensstandard aufgrund der Ausbeutung des „Globalen Südens“ aufrechterhalten können und einen Großteil der entstehenden Probleme aufgrund kapitalistischer Strukturen in „den Süden“ zu externalisieren vermögen.
- 2 Die Frage, wer der „lokalen Andenbevölkerung“ zuzurechnen ist, bleibt umkämpft. Innerhalb der von mir besuchten Gemeinde besteht diesbezüglich ein Konflikt. Die Direktbetroffenen, die durch das Stauseeprojekt enteignet wurden und nicht in San Merán, sondern flussaufwärts leben, machen den Aktivist*innen den Vorwurf, sie seien „nur Zugezogene“. Diesen Vorwurf übernehmen auch die Befürworter*innen des Stauseeprojekts, die der Meinung sind, die Aktivist*innen würden als Teil einer Umweltbewegung versuchen, das Projekt zu verhindern.

wird. Während die Debatte um Postextraktivismus im „Globalen Norden“ eher am Rande geführt wird, belebte sie die Diskussion um „Entwicklung“⁴³ in Lateinamerika neu. Die Besonderheit postextraktivistischer Theorien liegt in der Verknüpfung der Dependenztheorien der 1970er Jahre mit einer Kritik zunehmender, weltweiter und ungleicher Entwicklung sowie sozial-ökologischer Fragen.

Konflikte um Wasser sind auf globaler Ebene keine neue Erscheinung. Bereits seit Jahren warnen Expert*innen davor, dass sich zunehmend mehr Konflikte und Kriege an dieser Ressource entfachen werden. Dass dies bereits der Fall ist, zeigt sich in den zahlreichen sozial-ökologischen Konflikten, die weltweit sichtbar sind. Ein ebensolcher Fall bildet die empirische Basis des vorliegenden Artikels. Hierbei handelt es sich um den Bau eines Staudamms im südlichen Teil Chiles, der – trotz der negativen Erfahrungen mit ähnlichen Fällen – als ein multifunktionales Stauseeprojekt angelegt ist. Während der Großteil des gestauten Wasservolumens zur Bewässerungssicherung für den landwirtschaftlichen Sektor genutzt werden soll, wurde der Stausee darüber hinaus zur Energieerzeugung durch Wasserkraft konzipiert. Somit fördert der Bau des Stausees durch die Bereitstellung des notwendigen Wassers einerseits die exportorientierte Landwirtschaft, die neben Bergbau als einflussreichste extraktivistische Tätigkeit gilt (vgl. Gudynas 2010a: 37). Andererseits wird gleichzeitig Energie erzeugt, deren Export Zugang zu einem neuen (transnationalen) Markt ermöglichen könnte. Dass sich hierbei die zugrundeliegenden Interessen bezüglich der Nutzung diametral gegenüberstehen, zeigt sich in der Tatsache, dass Wasser für die Landwirtschaft insbesondere in den Sommermonaten notwendig ist, wohingegen die Nachfrage nach dort erzeugtem Strom vor allem in den Wintermonaten – beispielsweise für das Betreiben elektrischer Heizsysteme – ansteigt. Nichtsdestotrotz wird das Infrastrukturprojekt, das es ermöglichen

Obwohl die Gegner*innen des Stauseeprojekts keine geeinte Gruppe darstellen, subsumiere ich für den weiteren Artikel alle Interviewten mit Ausnahme der *Junta de Vigilancia* unter Lokalbevölkerung, da alle – wenngleich in unterschiedlichem Ausmaß – vom Stauseeprojekt betroffen sind und sein werden. Als Direktbetroffene gelten Personen, die durch das Stauseeprojekt oder damit in Zusammenhang stehende weitere Projekte enteignet wurden bzw. ihren bisherigen Erwerbsmöglichkeiten nicht weiter nachgehen können.

- 3 Entwicklung als Konzept ist nicht frei von Widersprüchen und sein Gehalt äußerst umstritten. Es ist meiner Einschätzung nach jedoch wichtig, „Entwicklung“ als einen normativen Begriff aufzufassen, der synonym mit Verbesserung und Fortschritt gebraucht wird (vgl. u.a. Seers 1974: 40). Wenngleich das Konzept von „Entwicklung“ bereits in der griechischen Antike vorzufinden ist (vgl. Ziai 2010: 23), so wurde es nach Ende des Zweiten Weltkrieges durch die „geopolitischen und außenwirtschaftlichen Interessen der USA und ihrer Verbündeten“ (ebd.) erst politisch wirkmächtig. Für einen Überblick zum Konzept vgl. Köbler 1998; kritisch: Ziai 2004.

Akkumulation durch Enteignung

Als „Akkumulation durch Enteignung“ bezeichnet der marxistische Geograph David Harvey eine Akkumulationsweise des entwickelten Kapitalismus, die in seiner neoliberalen Phase zunehmend dominant wird. Das Konzept ist Herzstück seiner Antwort auf die Frage, wie der so oft totgesagte Kapitalismus trotz struktureller Überakkumulationskrisen überleben kann. Es hat zahlreiche Autor*innen zu Analysen von Neoliberalisierungs- und Globalisierungsprozessen, Hegemoniezyklen oder Vertreibungen inspiriert, aber auch eine lebhaft kritische Debatte ausgelöst.

Ausgangspunkt für Harveys Überlegungen ist die „ursprüngliche Akkumulation“. Mit diesem Begriff beschreibt Karl Marx die historische Herausbildung kapitalistischer Produktions- und Eigentumsverhältnisse, die auf der gewaltsamen Durchsetzung und Konzentration von Privateigentum durch Enteignung und Vertreibung, Monetarisierung und Kommodifizierung, Raub und Betrug beruhen. Während sich eine junge Bourgeoisie massenhaft Vermögen und Ressourcen aneignet und sich von staatlichen und zünftigen Restriktionen befreit, wird die bäuerliche Bevölkerung brutal von ihrem Land vertrieben und ist gezwungen, ihre Arbeitskraft fortan als Proletariat in den neu geschaffenen Fabriken und Industrien zu verkaufen. Mit der Durchsetzung kapitalistischer Klassenverhältnisse verliert die ursprüngliche Akkumulation laut Marx an Bedeutung; Enteignung, Raub und Betrug werden hier zum Nebenschauplatz. An ihre Stelle treten die ökonomischen Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Akkumulation, also die Aneignung von Mehrwert durch die Bourgeoisie und die Rückverwandlung von Mehrwert in Kapital. Durch die kapitalistische Konkurrenz führt der Akkumulationsprozess zu einer zwanghaften Ausweitung der materiellen Produktion und prägt damit die „erweiterte Reproduktion“, das heißt die Wiederherstellung kapitalistischer Verhältnisse auf stets wachsender Stufenleiter. Angesichts eines etablierten, auf den Ersten Weltkrieg zusteuernden Kolonialismus formuliert Rosa Luxemburg 1913 die These, dass die erweiterte Reproduktion nur aufgrund der Austauschbeziehungen mit nichtkapitalistischen Ländern und Schichten möglich ist. Demnach ist u. a. der Warenhandel mit den Kolonien notwendig, um die stets wachsende Warenmasse abzusetzen und den geschaffenen Mehrwert realisieren zu können. Nur solange ein nicht-kapitalistisches Außen existiert, können laut Luxemburg systemimmanente Krisen abgefedert werden. Sie kritisiert, dass Marx die Beziehung zwischen Kapitalismus und nichtkapitalistischem

Rezensionsartikel

Juliana Ströbele-Gregor

Neo-Extraktivismus in Bolivien

Gerhard Kruij; Dietmar Müßig & Raphael Zikesch (Hg.):
*Neo-Extraktivismus in Bolivien. Chancen, Risiken,
Nachhaltigkeit*. Münster: Aschendorff 2018
(= Forum Sozialethik, Bd. 20.); 333 Seiten

Bolivien ist ein Land großer Diversität an natürlichen Ressourcen und einer langen Tradition der Rohstoffausbeutung. Darauf gründet sich auch das Entwicklungsmodell der aktuellen Regierungspartei MAS (*Movimiento al Socialismo*). Die Rohstoffausbeutung und die Einnahmen daraus sollen die Grundlage zum Aufbau einer modernen, sozialen und gerechten Gesellschaftsordnung sein, so argumentieren die Vertreter eines neo-extraktivistischen Wirtschaftsmodells in Lateinamerika.

Die sogenannten progressiven Regierungen Lateinamerikas, zu denen sich die unter Evo Morales rechnet, erheben in ihrem extraktivistischen Entwicklungsmodell den Anspruch, eine Umverteilung des Reichtums sowie die wirtschaftliche Entwicklung zu ermöglichen. In dieser Diskussion und Argumentation hebt die Regierung Morales für die Legitimation ihrer wirtschaftlichen und politischen Strategien außerdem die moralische Dimension hervor. Anders als beim klassischen Extraktivismus kontrollieren sie die Ressourcenausbeutung und -einnahmen stärker und leiten die Mehreinnahmen in entwicklungsfördernde Strukturen (vgl. Dietz 2013: 512). In diesem als Neo-Extraktivismus oder „progressiven Extraktivismus“ (Gudynas 2012: 46) bezeichneten Modell finanziert der Staat darüber hinaus aus den Einnahmen Transferleistungen für Armuts- und Sozialprogramme. Da die Rohstoffnachfrage und damit die Preise auf den globalen Märkten in den letzten Jahren – außer einem Einbruch in den Jahren 2014-2016 – stetig stiegen, konnte dieses Entwicklungsmodell mit den Einnahmen des Rohstoffexports bisher finanziert werden.

Das Beispiel Bolivien, das im vorliegenden Band ausführlich diskutiert wird, zeigt deutlich die Problematik von Rohstoffökonomien und Staaten, deren Wirtschaft auf Renteneinkommen basiert. Dieses Entwicklungsmodell schränkt auch die Handlungsmöglichkeiten sogenannter progressiver